

# Unerwartete Unterstützung für Atici

Im Komitee des SP-Kandidaten sitzen einige bemerkenswerte Personen – auch von GLP, EVP und Basta.

Jonas Hoskyn

Wer in Basel Regierungsrat werden will, muss weit über das eigene Lager mobilisieren können. Für die Ersatzwahl am 3. März bedeutet das: Mustafa Atici (SP) und Jérôme Thiriet (Grüne) benötigen Stimmen aus dem politischen Zentrum und dem bürgerlichen Lager. Zuletzt versuchten die beiden am Neujahrsapéro des Gewerbeverbands, im Teich des politischen Gegners zu fischen. Umgekehrt muss Luca Urgese (FDP) links seiner Partei mobilisieren können, um eine Chance zu haben.

Hier kann Atici nun einen ersten Pflock einschlagen. Sein Unterstützungskomitee, mit dem er diese Woche in die heisse Phase des Wahlkampfes startet, ist überraschend breit aufgestellt: Atici konnte Vertreter von allen politischen Zentrumsparteien und sogar einen langjährigen FDP-Politiker für sich gewinnen.

Überraschend ist etwa, dass mit Bülent Pekerman (GLP) ein Mitglied der Grünliberalen im Präsidium des überparteilichen Unterstützungskomitees sitzt. Pekerman, der aktuell noch als Grossratspräsident und damit «höchster Basler» fungiert, war im Herbst beim Nationalratswahlkampf ein Konkurrent Aticis. Ebenfalls bemerkenswert: Seine Partei, die Grünliberalen, hat für Ersatzwahlen keine Präferenz. Der Vorstand empfiehlt seiner Partei die Stimmfreigabe.

Ebenfalls ausstehend ist der Entscheid der Linkspartei Basta. Sie entscheidet erst Ende Monat, ob und wen sie unterstützt. Auch wenn das Verhältnis zuletzt angespannt war, steht die Basta aber traditionell den Grünen sehr nahe, was für Thiriet sprechen würde. Für die langjährige Grossrätin Brigitta Gerber, die wie aktuell Pekerman dem Kantonsparlament einst ebenfalls vorstand, ist das kein Hinderungsgrund, als Komiteemitglied Atici zu unterstützen. «Ich kenne ihn als einen warm-



Mustafa Atici will in die Basler Regierung einziehen und strebt auch das Präsidium an.

Bild: Gaetan Bally/Keystone



Grossratspräsident Bülent Pekerman (GLP). Bild: Kenneth Nars



Ex-Grossrätin Brigitta Gerber (Basta). Bild: zvg



Hans Georg Signer, Ex-Chef im Erziehungsdepartement. Bild: niz



EVP-Urgestein Christoph Wydler und Ex-Grossrat. Bild: R. Schmid

herzigen und intelligenten Menschen und pragmatischen Politiker», so Gerber. «Er ist eine gute Kandidatur der SP.» Für die Grünen sei nun nicht der Moment, findet Gerber. «Thiriet wäre bei den Gesamterneuerungswahlen im Herbst eine gute Kandidatur gewesen.»

## Ehemaliger FDP-Politiker unterstützt SP-Kandidaten

Zum Unterstützendenkreis gehören weiter auch das EVP-Urgestein Christoph Wydler, der insgesamt 17 Jahre im Basler

Parlament politisierte, sowie David Friedmann. Letzterer war bis vor drei Jahren Mitglied der Basler FDP und Präsident der Sektion Basel-Ost. Ausgetreten ist er bei den Freisinnigen unter anderem, weil ihn die ablehnende Haltung seiner Partei zum Ausländerstimmrecht enttäuscht hat. Friedmann kennt Atici aus der Interessengemeinschaft Gewerbe Gundendingen Bruderholz Dreispitz, die er präsidiert. «Ich bin überzeugt, dass Mustafa Atici ein guter Regierungsrat wäre. Er ist zugänglich

und sucht den Austausch mit den Leuten», sagt Friedmann.

## Atici als künftiger Basler Bildungsdirektor

Ebenfalls im Team Atici ist der frühere Chefbeamte Hans Georg Signer. Er war rund 40 Jahre in verschiedenen Funktionen im Basler Bildungswesen tätig und war unter Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) Leiter Bildung. Signers Unterstützung lässt sich so deuten, dass er Atici gerne als künftigen Erziehungsdirektor sähe, sollte

der aktuelle Departementsvorsteher Conradin Cramer seinerseits das Rennen ums Regierungspräsidium für sich entscheiden.

Ein gutes Omen für Atici ist zudem die Unterstützung der früheren SP-Ständerätin Anita Fetz. Die «Elder Stateswoman» der Basler Politik sass bereits mit am Tisch, als Beat Jans vergangenen September seine Kandidatur für den Bundesrat bekannt gab. Das Wort von Fetz hat noch immer grosses Gewicht.

## Ausnahmen bei eisiger Kälte

**Frauennotschlafstelle** Die Temperaturen liegen seit Tagen tief – in der Nacht meist unter dem Gefrierpunkt. In solchen Zeiten übernehmen Notschlafstellen eine essenzielle Rolle. Dazu gehört auch jene für Frauen, die seit dem 19. Dezember 2023 nicht mehr an der Rosentalstrasse in Basel liegt. Dieses Lokal wird momentan für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden verwendet.

Als Alternative bis zur Eröffnung eines neuen Standorts können obdachlose Frauen im Hotel du Commerce übernachten. Mit diesem Umzug musste die Notschlafstelle seine Kapazität von 28 Betten auf 18 runterschrauben.

Gemäss dem Basta-Grossrat Oliver Bolliger habe die Notschlafstelle auch eine Praxisänderung für auswärtige obdachlose Frauen eingeführt. Ist man nicht in Basel-Stadt angemeldet, könne man auch mit Kostengutsprache zum auswärtigen Tarif oder bei Selbstzahlung nur noch eine Nacht beziehungsweise drei Nächte am Wochenende in der Notschlafstelle übernachten. Danach müssten die Frauen zurück in die Wohngemeinde oder zur Abklärung eines Anspruchs um Nothilfe zur Sozialhilfe. Dies begründe die Verwaltung mit der durchgeführten Platzreduktion, so Bolliger.

## Eine Gefahr für die Gesundheit

Es sei bekannt, dass sich viele auswärtige Frauen ohne festen Wohnsitz auch über eine längere Zeit in Basel aufhielten. Um zu überleben, schliefen diese Frauen auch häufig in der Notunterkunft. Die Einschränkung der Aufenthaltsdauer führe bei diesen betroffenen Frauen in Anbetracht der derzeitigen Minustemperaturen zu einem hohen Mass an Verzweiflung. «Das ist nicht zu verantworten», schreibt der Basta-Grossrat.

Seine Interpellation stützt der Grossrat auf öffentliche Informationen der Verwaltung, der Sozialhilfe sowie direkten Kontakt mit involvierten Institutionen. In seiner Interpellation will er von der Regierung unter anderem wissen, ob diese bereit wäre, das Angebot der Notschlafstelle für Frauen sowie für Männer bei Kältewellen ohne Einschränkungen zur Verfügung stellen. Dieses Vorgehen habe beispielsweise bereits die Stadt Lausanne eingeführt. (heq)

# Keine sexuelle Belästigung im Grossen Rat

Sozialdemokratin fordert den Schutz der persönlichen Integrität von Parlamentsmitgliedern.

Neomi Agosti

Das Schweizer Arbeitsgesetz schreibt in Artikel 6 vor, dass die persönliche Integrität von Mitarbeitenden am Arbeitsplatz durch die Arbeitgeberinnen und -geber zu schützen ist. Daher verfügen viele Unternehmen wie auch Institutionen über Reglemente zum Schutz vor Mobbing, Belästigung, Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt. Ein solcher Schutz besteht für Grossrätinnen und Grossräte zurzeit nicht. Bis im Sommer 2024 soll nun ein Reglement geschaffen werden.

Denn während Kantonsangestellte einen solchen Schutz

von ihrem Arbeitgeber, dem Kanton Basel-Stadt, geniessen, sind Grossrätinnen und Grossräte nicht vom Kanton angestellt. Die Grossratsmitglieder üben ein politisches Mandat aus und sind deshalb nicht dem Personalgesetz unterstellt. Der Kanton hat dementsprechend keine arbeitsrechtliche Schutzpflicht gegenüber den gewählten Mitgliedern des Grossen Rats.

SP-Grossrätin Alexandra Dill hat im Jahr 2021 deshalb einen Vorstoss eingereicht, der eine gesetzliche Grundlage zum Schutz der persönlichen Integrität verlangt. Zusätzlich will Dill eine Schulung für Grossratsmitglieder, in der aufgezeigt wird,

wie man Verstösse gegen die persönliche Integrität erkennen und verhindern könne.

## Ratsbüro hat eine Art Schutzpflicht

Das Ratsbüro übernehme bis jetzt in einem gewissen Sinn die Fürsorge und Schutzpflicht über die Grossratsmitglieder, heisst es im Zwischenbericht des Ratsbüros. Diese Bestimmung beziehe sich jedoch nur auf die Grossratsitzungen sowie auf offizielle Anlässe des Grossen Rats, heisst es im Bericht des Ratsbüros. So kann der Ratspräsident anhand von sogenannten Ordnungsrufen die Rätinnen und Räte zurechtweisen und im weitesten Fall von

der Grossratsitzung ausschliessen. Die Bestimmung gelte aber nicht ausserhalb der Sitzungen, obwohl es laut Dill auch dort schon zu übergreifenden Situationen gekommen sein soll.

Für Dill ist klar, dass es einen solchen Schutz braucht, es könne nicht sein, dass Opfer von solchen übergreifenden Situationen, falls es zu einer Anzeige kommen sollte, in die eigene Tasche greifen müssten.

Laut dem Bericht des Ratsbüros wurde Dills Vorstoss aufgrund der Komplexität der Fragestellung nicht in der Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rats (GO-Revision) 2022 behandelt. Es wurde eine Sub-

kommission GO-Revision gegründet, die andere Kantone anfragte, um Erfahrungen zu sammeln. Diese Abklärungen zeigten, dass der Kanton Waadt seit Mai 2023 eine solche gesetzliche Grundlage geschaffen hatte; jedoch nur zum Schutz von sexueller Belästigung.

Die Subkommission habe darauf entschieden, angelehnt an den Kanton Waadt eine Lösung auszuarbeiten. Diese solle jedoch ausgeweitet werden auf den Schutz der persönlichen Integrität und nicht nur für sexuelle Belästigung gelten. Aufgrund von personellen Veränderungen musste diese Aufgabe auf Februar 2024 vertagt werden.

## Beamter mit Ei beworfen

**Grenzach-Wyhlen** Als ein Gemeindevollzugsbeamter am vergangenen Montagmorgen einem falsch parkierten Auto einen Bussenzettel verpassen wollte, flog ihm ein Ei um die Ohren. Das Geschoss wurde aus dem Fenster einer Wohnung eines Mehrfamilienhauses geworfen. Woher genau, ist der Polizei noch unklar. Das Ei verfehlte den Polizisten nur knapp. Die Ermittlungen nach der Täterschaft wurden aufgenommen. (bz)